

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur und Landwirtschaft des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024

Videokonferenz

am Mittwoch, 10.03.2021, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Julia Mayer

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Rainer Guth eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur und Landwirtschaft des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

II. Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung vom 04.03.2020
2. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Donnersbergkreises 2020-2024
3. Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Abfallwirtschaftskonzeptes 2024 - 2028 mit Einführung eines verursachergerechten Gebührensystems
4. Ersatzzahlungen aus der Windkraft - derzeitiger Stand und Ausblick
5. Verschiedenes

Ergebnis der 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Donnersbergkreises am 10.03.2021

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung
vom 04.03.2020

I. Sachverhalt:

Landrat Rainer Guth fragt an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift gibt. Solche werden nicht geäußert.

II. Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 1. Sitzung vom 04.03.2020.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Donnersbergkreises 2020-2024

I. Sachverhalt:

Hado Reimringer (Abteilungsleiter Abfallwirtschaft und Umwelt) stellt die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Donnersbergkreises 2020-2024 vor.

„Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) haben gemäß § 21 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) des Bundes und § 6 Abs. 2 Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKrWG) des Landes Rheinland-Pfalz alle fünf Jahre Abfallwirtschaftskonzepte über die Verwertung und Beseitigung aller der in ihrem Gebiet anfallenden und ihnen zu überlassenden Abfälle zu erstellen und der oberen Abfallbehörde vorzulegen. Die Abfallwirtschaftskonzepte sollen danach die Ziele der Kreislaufwirtschaft und des kommunalen Stoffstrommanagement, die Darstellung der getroffenen und geplanten Maßnahmen der Abfallwirtschaftlichen Ziele, die vorhandenen Abfallströme („Status Quo“), die Ziele der Abfallwirtschaft für den Zeitraum 2020 – 2024 als auch die Kostenschätzung der geplanten Maßnahmen enthalten. Dabei sind die wichtigsten allgemeinen Stoffströme (Haus-/Sperrabfall, Wertstoffe (Elektro-/Elektronikschrott, Pappe-Papier-Kartonage (PPK), Leichtverpackungen (LVP), Glas), Bioabfälle, Problemabfälle, Gewerbeabfälle, Bauabfälle) hinsichtlich ihres Aufkommens und der Erfassungs- und Verwertungsstrukturen abzubilden.

Das Abfallwirtschaftskonzept wurde letztmals im Jahre 2015 im Landkreis Donnersbergkreis fortgeschrieben. Mit der Fortschreibung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen wurde die Firma teamwerk AG, Mannheim beauftragt. Das Projekt startete im Mai 2019, konnte allerdings bedingt durch personelle Engpässe und Ausfälle erst jetzt abgeschlossen werden. Das Zahlenwerk beruht auf den Daten der Siedlungsabfallbilanz des Landes Rheinland-Pfalz 2017 + 2018, da die Zahlen 2019 bis zur Fertigstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes noch nicht veröffentlicht waren.

Das erarbeitete Abfallwirtschaftskonzept erfüllt die v. g. gesetzlichen Anforderungen und stellt

das seit 01.01.2012 bestehende Abfallwirtschaftssystem des Donnersbergkreises dar. Nach Zustimmung durch den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Donnersbergkreises erfolgt eine Beteiligung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 LKrWG der im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Verbände sowie der Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft, die im Bereich des jeweiligen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers tätig sind. Diese Verbände sind vor der Verabschiedung des Abfallwirtschaftskonzeptes zu hören.

Die Abfallwirtschaft empfiehlt daher dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Donnersbergkreises, dem fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzept 2020-2024 in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.“

Peter Kummermehr (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, das Thema Duales System sei systembedingt unterbelichtet. Dies sei natürlich ein erheblicher Anfall von Abfall, weshalb ihn hier die Mengen interessieren würden. Deutschland sei erst kürzlich in einem Bericht des Umweltbundesamtes zum Europameister von exportierten Kunststoffabfällen hervorgegangen. Dies zeige natürlich, dass das Duale System letztes Endes nicht so funktioniere, wie es funktionieren sollte. Hier müsse allgemein Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung geleistet werden.

Landrat Rainer Guth stimmt dem zu, das Verpackungsaufkommen werde aufgrund der momentanen Situation und der geringeren Einzelhandelskäufe natürlich nicht weniger und sei ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Hado Reimringer (Abteilungsleiter Abfallwirtschaft und Umwelt) erklärt, die Verpackungsverordnung habe klare Vorgaben gemacht. Verpackungsmüll falle nicht unter die Entsorgungspflicht der Landkreise als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, sondern werde von den Dualsystemen in Deutschland entsprechend verwertet. Die Mengen hierbei bzw. die Entwicklung im Donnersbergkreis sei in den letzten Jahren mit 31 Kilogramm pro Einwohner relativ stabil gewesen. Mit dieser Menge liege man sogar unter dem Landesdurchschnitt, was auch im Abfallwirtschaftskonzept ersichtlich sei. Die Entwicklung werde dahin gehen, dass der Verpackungsmüll zunehmen werde. Man müsse jedoch da ansetzen und versuchen diesen Müll soweit wie möglich zu vermeiden. Hier könne man durchaus die Verbraucher in Öffentlichkeitskampagnen erneut auf Alternativmöglichkeiten aufmerksam machen.

Landrat Rainer Guth erklärt, dies sei zusammenfassend ein dynamischer Prozess. Insgesamt sei man hier jedoch auf einem guten Weg.

II. Beschluss:

Die Abfallwirtschaft empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Donnersbergkreises dem fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzept 2020-2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Abfallwirtschaftskonzeptes 2024 - 2028 mit Einführung eines verursachergerechten Gebührensystems

I. Sachverhalt:

„Bereits im Zusammenhang mit den Beratungen und dem Beschluss des Kreistages zur Neufassung der Abfall- und Gebührensatzung der Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises am 19.11.2019 wurde aus den Reihen der Kreistagsmitglieder die Idee entwickelt, ein geändertes Abfallwirtschaftssystem einzuführen, dass in stärkerem Maße als bisher den ökologischen Ansätzen einer abfall- und schadstoffarmen sowie klimaschonenden Kreislaufwirtschaft Rechnung tragen soll. Dabei sind die Ziele der Abfallvermeidung, der Abfallverwertung, insbesondere der Vorbereitung zur Wiederverwendung und des Recyclings, sowie der Abfallbeseitigung, die der Bund und das Land Rheinland-Pfalz in ihren jeweiligen gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgegeben haben, anzustreben.

Mit dieser Neuausrichtung soll auch die Umstellung des Gebührensystems erfolgen, die sich stärker am Abfallverhalten bei der Gebührenveranlagung orientieren soll. Sowohl die lenkende Wirkung auf das Abfallverhalten als auch eine damit einhergehende Stärkung der Gebührengerechtigkeit sollen dadurch erreicht werden („wer viel Abfall produziert muss auch mehr Gebühren bezahlen“).

Um den im Kreistag vertretenen Parteien die Möglichkeit einer unmittelbaren und verstärkten Mitgestaltung zu geben, soll eine Arbeitsgruppe bis Mitte 2023 ein entsprechendes Konzept erarbeiten, dass dann zunächst dem Umweltausschuss zur Beratung und dann dem Kreistag zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Jede im Kreistag vertretene Partei schlägt einen Vertreter/in sowie einen Stellvertreter/in aus ihren Reihen als Mitglied für diesen Arbeitskreis vor. Zudem werden Vertreter/-innen aus der Umweltabteilung, der Abteilungsleiter sowie die Leiterin der Abfallwirtschaft, sowie ggfls. eine

weitere Verwaltungskraft, als Mitglieder zu dieser Arbeitsgruppe entsandt.

Die Arbeitsgruppe soll sich bis zur Jahresmitte 2021 konstituieren und in regelmäßigen Abständen zur Erarbeitung eines geänderten Abfallwirtschaftskonzeptes sowie einer neuen Gebührenstruktur zusammenkommen.“

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) möchte die soziale Komponente ergänzen und erhofft sich daraus eine gerechtere Gebührenverteilung. Die Klimaschutzmanager sollten bei der Erarbeitung des neuen Konzeptes mit eingebunden werden.

Landrat Rainer Guth stimmt dem zu, die Klimaschutzmanagerin Lena Gilcher sei auf dieses Thema ebenso wie der Klimaschutzbeauftragte Dr. Prof. Jamill Sabbagh fokussiert.

II. Beschluss:

„Der Umweltausschuss stimmt der Bildung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Vertreter/in aus jeder im Kreistag vertretenen Partei und zwei Vertretern/-innen der Verwaltung zur Erarbeitung eines neuen Abfallwirtschaftskonzeptes 2024 - 2028“mit Einführung einer neuen, verursachergerechten Gebührenstruktur zu. Die Arbeitsgruppe wird dem Ausschuss rechtzeitig im Jahre 2023 das Konzept zur Beratung vorlegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Ersatzzahlungen aus der Windkraft - derzeitiger Stand und
Ausblick

I. Sachverhalt:

Landrat Rainer Guth übergibt das Wort an Christine Trentzsch (Sachbearbeiterin Landespflege).
Christine Trentzsch stellt die Ersatzzahlungen aus der Windkraft anhand einer Präsentation vor.

„Die Kreisverwaltung verfügt über Ersatzgelder aus den im Kreisgebiet umgesetzten
Windenergieanlagen. Diese Gelder können für naturschutzfachliche Projekte von der unteren
Naturschutzbehörde abgerufen werden.

Auf den folgenden Seiten ist der aktuelle Kontostand, sowie eine Auflistung der bereits aus
Ersatzgeldern finanzierten naturfachlichen Maßnahmen erkennbar. Für die Zukunft geplante
Projekte werden von der UNB in der Sitzung erläutert.“

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) bedankt sich bei Frau Trentzsch für die Ausführung. Es sei
schade, dass die Gelder nicht unkomplizierter verplant und ausgegeben werden können. Sie
habe viele Ideen und erkundigt sich nach eventuellen Kooperationen mit Gemeinden,
Landwirten oder Privatleuten.

Landrat Rainer Guth erklärt, viele Maßnahmen würden aufgrund der vorgegebenen Richtlinien
(siehe Anhang) bereits wegfallen. Er freut sich jedoch über das Fachwissen und das
Engagement in diesem Ausschuss.

II. Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt den von der Fachabteilung dargestellten Sachstand zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Wolfgang Hofmeister (FWG) erkundigt sich nach den vielen Hektar großen Solaranlagen, die aktuell im Donnersbergrkreis errichtet werden und möchte wissen, ob der Kreis hierbei beteiligt ist.

Hado Reimringer (Abteilungsleiter Abfallwirtschaft und Umwelt) erklärt, für das Errichten solcher Solaranlagen, brauche es einen raumordnerischen Bescheid, den die SGD Süd erstelle. An diesem Bescheidverfahren sei man als untere Behörde nicht beteiligt, weil die obere Naturschutzbehörde hier zuständig sei. In der Regel werde für eine solche Anlage ein Bebauungsplanverfahren benötigt. Dieses Verfahren sei die Grundlage für die spätere Genehmigung der Anlage. Beim Bebauungsplanverfahren sei man als untere Landesplanungsbehörde bzw. als untere Bauaufsichtsbehörde beteiligt. Als Naturschutzbehörde sei man nur dann beteiligt, wenn es im Bebauungsplan ein Genehmigungsverfahren gebe. Vorher und das sei der entscheidende Punkt, treffe die SGD Süd die raumordnerische Entscheidung.

Landrat Rainer Guth informiert über den aktuellen Sachstand der Eistalbahn, die von Ramsen über den Eiswoog nach Enkenbach führt. Hindernisse, die eine Reaktivierung der Bahn bisher verhindert haben, hätte man in den letzten Wochen aus dem Weg räumen können. Man habe einen Antrag auf Einleitung einer Nutzen-Kosten-Untersuchung für die Eistalbahn beim Schienenpersonenzweckverband Süd gestellt. Er sehe hier gute Chancen für die Reaktivierung der Eistalbahn. Mit der Zellertalbahn befinde man sich aktuell im Ausschreibungsverfahren der Baumaßnahmen. Da diese nicht elektrisch betrieben werde, diskutiere man auch das Thema „Betrieb mit Wasserstoff anstelle von Diesel“.

Nach ausführlichem Meinungsaustausch und Klärung aller Fragen dankt Landrat Rainer Guth den Anwesenden für ihre guten Ideen und schließt um 16.50 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.

gez.
Landrat
(Rainer Guth)

gez.
Schriftführerin
(Julia Mayer)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 20.02.2021

Tag der Sitzung: 10.03.2021

Sitzungsort: Videokonferenz

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses für Natur, Klimaschutz und Landwirtschaft	14
Zahl der anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Natur, Klimaschutz und Landwirtschaft	11
Zahl der abwesenden Mitglieder des Ausschusses für Natur, Klimaschutz und Landwirtschaft	3

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Julia Mayer